

Pressekonferenz zu den Nationalratswahlen 2007 / Liste 11: Grün-Alternative Liste

Statement von Rolf Zbinden (PdA)

Wir haben es gegenwärtig mit einer paradoxen Situation zu tun:
Die Wirtschaft floriert – und die Gesellschaft gefriert!

Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes hat nicht abgenommen – im Gegenteil!
Ganzen Regionen droht der wirtschaftliche Kahlschlag.
Wer hart arbeitet, darf noch lange nicht erwarten, dass er von seinem Lohn auch anständig leben kann.
Wer Sozialhilfe bezieht, muss befürchten, als Schmarotzer hingestellt zu werden.
Nichts darf als gesichert gelten: weder die Altersrente noch die IV.

Wenn der deregulierte Markt die Lohnabhängigen derart in Angst versetzt, dann braucht es eine Kompensation für die so genannten kleinen Leute.
Der mittlerweile offen rassistische Diskurs eines mächtigen Teils des Bürgertums bedient eben dieses Bedürfnis.
Die Botschaft ist klar und simpel:
Gefahren drohen nicht aus dem Innern der Marktlogik, sondern von aussen und vom Rand der Gesellschaft her. Kurz: von den Andern!

Verängstigte dürfen sich dann damit trösten, irgendwie dazuzugehören – zur Herde.
Nation und Rasse treten an die Stelle der gesellschaftlichen Solidarität.
Wer sich um Integration bemüht, kann die Spur der politischen Brandstifter genau verfolgen: am Arbeitsplatz, im Quartier, in den Schulen. Überall sind sie am Zündeln. Und der Unfrieden, den sie provozieren – den verbuchen sie dann postwendend als Bestätigung ihrer rassistischen Thesen.

Bei gewissen Kräften der bürgerlichen Rechten haben wir nichts anderes erwartet – haben wir vor dieser offen rassistischen Ideologie immer gewarnt.
Was uns jedoch erstaunt ist die Halbherzigkeit, mit der ein Grossteil der politischen Parteien auf diese Angriffe auf liberale, demokratische Positionen antwortet. Allerorten können wir lesen und hören, dass die von der Rechten plakatierten Probleme ernst genommen werden müssten. So droht der Diskurs der bürgerlichen Rechten hegemonial zu werden.

Gesellschaftliche Integration wird auf diesem politischen Hintergrund zu einem politischen Kampfbegriff mit beträchtlichem Drohpotential: Anpassung oder Ausschluss. Wer aber den Drohfinger lieber etwas pädagogisch verbrämt mag, kommt auch auf seine Rechnung: Fördern und fordern.

Gegenüber diesem gefährlichen Mix von Ausgrenzung und Zwangsintegration erinnern wir an eine Selbstverständlichkeit: Integration kann nur gelingen, wenn alle über soziale und politische Rechte der demokratischen Mit- und Selbstbestimmung verfügen. Und es ist dies

eine Form der Integration, die nicht einmal durch das beliebte Sparargument gekippt werden kann.

Zusammen leben, zusammen stimmen – das ist die klare und einfach zu verstehende Botschaft, die wir den Aufhetzern, Spaltern, Ausgrenzern und Angstmachern entgegen stellen. Und auch den Eingeschücherteten, Taktierenden, welche die Rassisten mit Zugeständnissen zu beschwichtigen versuchen.

Wahlen kommen, Wahlen gehen vorüber. Zusammen leben, zusammen stimmen, zusammen entscheiden: Das ist eine Botschaft, die bleiben wird – als Konkretisierung des politischen Grundsatzes: Demokratie statt Fremdbestimmung.

Rolf Zbinden, 18.9.07